

Der gewerbliche Nothstand und die Staatshülfe.

(Nach einer amtlichen Denkschrift.)

I.

Die seit dem Jahre 1873 eingetretene rückgängige Bewegung, welche dem großen Aufschwung der gewerblichen Thätigkeit in Preußen gefolgt war und welche zunächst und vorzugsweise die Großindustrie, nach und nach aber auch das Kleingewerbe in fühlbarster Weise ergriffen hatte, hat in den letzten Monaten in einzelnen Landestheilen entschiedene Nothstände herbeigeführt. In einigen vorzugsweise industriereichen Bezirken hat sich die Lage neuerdings besonders dadurch in erheblichem Maße verändert, daß der Steinkohlen-Bergbau, welcher bis dahin in schwunghaftem Betriebe und in steigender Förderung verblieben war und gerade in den Jahren 1875 und 1876 eine bis dahin nicht gekannte Höhe der Produktion erreicht hatte, sich vorzugsweise in Folge des ungewöhnlich milden Winters zu einer sehr erheblichen Herabminderung der Förderung genöthigt sah. Besonders wurde der Westfälisch-Nieder-Rheinische Bergwerksbezirk dadurch betroffen, in welchem die Förderung im Jahre 1860 85 Millionen Centner, im Jahre 1873 dagegen 322 Millionen und im Jahre 1876 sogar 357 Millionen Centner betragen hatte und bis zum November 1876 Ueberschichten verfahren worden waren, seitdem aber ein plötzlicher Rückschlag eintrat, durch welchen bis Mitte Februar die Entlassung von 8000 Arbeitern herbeigeführt wurde und weitere Kündigungen in Aussicht genommen werden mußten.

Die Staatsregierung hat den hierdurch entstandenen Verlegenheiten und Bedrängnissen von vornherein ihre volle Aufmerksamkeit gewidmet.

Von Seiten des Handels-Ministers wurden alsbald umfassende Anordnungen getroffen, um den entlassenen Arbeitern die Auffuchung anderweitiger Erwerbsquellen zu erleichtern, zunächst durch Bewilligung billiger Eisenbahnfahrt, durch Unterstützung aus den Gewerkstassen, durch Anstellung bei den Arbeiten der Staatsbahnen u. s. w. Für die einheitliche Leitung der Unterbringung wurde durch Konzentrirung dieser Angelegenheit bei dem Ober-Bergamt Dortmund gesorgt. Auch den Regierungen wurde empfohlen, auf die Unterbringung der Arbeit-suchenden bei den Chaussee- und Wegebauten und bei ländlichen Meliorationen hinzuwirken.

Auf jede thunliche Weise wurde seitens der Staatsverwaltung dort und in allen anderen von dem Nothstande betroffenen Landestheilen Vorsorge getroffen, den entlassenen Arbeitern eine neue Thätigkeit zu verschaffen. Inwieweit von der gebotenen Gelegenheit überall Gebrauch gemacht wird, läßt sich noch nicht vollständig übersehen. Einstweilen steht es nicht außer Zweifel, ob der Bergmann in weitem Umfange gewillt sein wird, seine bisherige Thätigkeit mit Erdarbeiten zu vertauschen.

Für die Beurtheilung der Lage ist jedenfalls von großer Bedeutung, daß seitens des Staates kaum jemals eine so umfangreiche Bauhätigkeit entwickelt worden ist, wie in der leztverflossenen und gegenwärtigen Zeit. Im vorigen Jahre allein ist aus den der Eisenbahnverwaltung bewilligten Anleihen die Summe von 70 Millionen Mark verausgabt, und in den Monaten Januar und Februar d. J. abermals über 11 Millionen überwiesen worden. — Innerhalb sechs Wochen sind neuerdings 66 Submissionen für Bauzwecke der Staatseisenbahn-Verwaltung ausgeschrieben worden. Es handelt sich dabei u. A. um 25 Millionen Kilogramm Schienen, 2 Millionen Kilogramm Kleineisenzeug, 621,000 Kilogramm eiserne Ueberbauten zu Brücken, 270,000 Stück Bahn- und Weichenschwellen, 5 Millionen Stück Mauersteine, 30,000 Kubikmeter Granitplatten, 146,550 Kilogramm Telegraphendraht, um Ausführung von 2,500,000 Kubikmeter Erdarbeiten u. s. w.

Gegenwärtig hat die Verwaltung ferner noch die großartigen Brückenbauten bei Coblenz, bei Lauenburg über die Elbe und bei Bromberg über die Weichsel in Angriff genommen, daneben wird das laufende Jahr außerdem hohe Summen für den Eisenbahnbau erfordern, die begonnenen Hafengebauten werden fortgesetzt und die Betriebsmittel für die neuen Bahnen zu einem beträchtlichen Theil zur Ausschreibung gelangen. Die

Bezugsquellen der Staatsverwaltung haben sich aber fast ausschließlich im Inlande befunden.

Jedenfalls hat die Thätigkeit der Staatsverwaltung die Krisis auf allen Gebieten wesentlich gemildert und dieselbe nicht in derjenigen Schärfe, wie in anderen Staaten zur Erscheinung gelangen lassen.

II.

Unter dem Druck des bestehenden Nothstandes und theilweise unter starker Uebertreibung desselben wird nun aber der Versuch gemacht, den Staatsgewalten die Schuld an dem Nothstande zuzuschreiben und dem Staat gegenüber ein sogenanntes Recht auf Arbeit in Anspruch zu nehmen. In diesem Sinne haben die Sozialdemokraten in Berlin und anderwärts Beschlüsse gefaßt und dieselben zur Kenntniß der Regierung gebracht. Dieser Anspruch und die darauf begründeten Agitationen fordern die Staatsregierung zur größten Vorsicht bei ihren weiteren Schritten auf.

Ein Recht auf Arbeit gegenüber dem Staat bei Ausbruch einer geschäftlichen Krisis, wie sie in jedem industriell höher entwickelten Lande von Zeit zu Zeit in bald größerem, bald geringerem Umfange eintritt, ist entschieden nicht anzuerkennen. Die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, wie die Ausführung von Bauten, welche andernfalls überhaupt nicht oder doch zu ganz anderer Zeit in Angriff genommen würden, müßten in hohem Maße bedenklich und gefährlich erscheinen. Sie würden sehr bald Ansprüche an den Staat hervortreten lassen, welchen derselbe in keiner Weise genügen könnte. Der schon jetzt laut gewordene Ruf nach Umgestaltung der ganzen bestehenden sozialen Ordnung würde nur um so stärker ertönen, je mehr die Regierung unter Aufgeben ihrer Grundsätze und scheinbar unter dem Drucke der in Volksversammlungen gefaßten Resolutionen sich nachgiebig erwiese.

Die Staatsregierung wird allerdings die geplanten und bewilligten Bauten eifrig fortsetzen; hierzu sind die Weisungen ergangen, aber jede Ueberstürzung würde auch hier vom Uebel sein, weil bei der Unsicherheit über die Dauer der Krisis es sich nicht empfiehlt, die gesammte Bauhätigkeit auf ein Jahr zusammenzudrängen. Es würde dies aufs Neue ungesunde Zustände, Lohnsteigerungen u. s. w. zur Folge haben, während in den folgenden Jahren beim Mangel weiterer Arbeiten der Sturz um so sicherer sein würde. Es muß auch hier auf ein Reserve Bedacht genommen werden, welche auch für spätere Zeiten die Fähigkeit zur Hülfe darbietet.

Außerdem wird nicht außer Augen zu lassen sein, daß in erster Linie nicht der Staat, sondern die Gemeinden und die weiteren Kommunalverbände dazu berufen sein würden, bei eintretenden Nothständen Veranstaltungen zur Unterstützung der Nothleidenden zu treffen. Die Kommunen sind auch besser im Stande, mit der erforderlichen Beschleunigung Zweckentsprechendes zu leisten, da sich in den engen Kreisen das Maß des Bedürfnisses richtiger beurtheilen und mit besserem Erfolge die den Personen und Verhältnissen anzupassenden Mittel und Wege auffinden lassen, wie den Bedürftigen zu helfen ist. Gelegenheit zur Ausführung gemeinnütziger Arbeiten, namentlich an Wegeverbesserung, Kanalisationsarbeiten, Wasserwerken und sonstige Bauten, pflegt bei den Kommunen nicht zu fehlen und Pläne zu solchen Anlagen von geringen Dimensionen lassen sich ohne großen Zeitverlust beschaffen, während dies bei größeren Staatsbauten der Regel nach nicht der Fall ist.

Es liegt aber noch ein gewichtiger Grund vor, von außergewöhnlichen Bauunternehmungen des Staats abzusehen.

Die herrschende Krisis ist vorzugsweise durch die maßlose Steigerung der Produktion hervorgerufen, welche namentlich in der Periode von 1870 bis 1873 stattgefunden und dahin

geführt hat, daß gegenwärtig die Produktionsfähigkeit der Industrie des Landes außer allem Verhältnisse zu dem vorhandenen Bedürfnisse steht, während andererseits in Folge der Erhöhung der Arbeitslöhne und der Materialienpreise eine Vergrößerung der Selbstkosten eintrat, die eine unverhältnismäßige Vertheuerung der Produktion bewirkte und damit die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf den Absatzmärkten beschränkte.

Um für die neuen Unternehmungen und die ausgedehnten in Betrieb bestehenden Werke die nöthigen Arbeitskräfte zu erhalten, trat in den erwähnten Jahren eine nie gekannte Nachfrage nach Arbeitern ein und durch Anbieten hoher Löhne wurden solche aus entfernten Gegenden nach den Mittelpunkten der Industrie hingezogen. Das Zustromen von Arbeitern nach den großen Städten des Landes und sonstigen Industrieplätzen nahm einen bedenklichen Umfang an. Es hatte den doppelten Nachtheil im Gefolge, daß dort durch die plötzliche Vermehrung der Bevölkerung ein erhebliches Steigen der Lebensmittelpreise eintrat, die sich nach und nach auch auf andere Landestheile übertrug, während andererseits anderen Berufskreisen namentlich der Landwirthschaft die nöthigen Arbeitskräfte in bedenklicher Weise entzogen wurden.

Der nothwendige Ausgleich zwischen der Produktion und der Konsumtion hat nunmehr begonnen. In diesem Ausgleich, in der Beseitigung der eingetretenen Ueberproduktion, sowie in der damit in Verbindung stehenden Zurückführung der Arbeitslöhne auf ein angemessenes Maß ist das natürliche Heilmittel zur Gesundung der wirthschaftlichen Zustände zu erblicken. Die Ermäßigung der Arbeitslöhne wird nach allgemeinen wirthschaftlichen Gesetzen und Erfahrungen auch ein Herabgehen der Lebensmittelpreise nach sich ziehen.

Vor Allem aber ist zu erwarten, daß die bei der Industrie entbehrlich werdenden Arbeiter wieder zu den früher von ihnen betriebenen Berufsarbeiten zurückkehren und daß mit dem Aufhören des Zustromes der Arbeitsuchenden nach den großen Städten und den sonstigen Industrieplätzen wieder eine angemessenere Vertheilung der arbeitenden Kräfte im Lande eintreten werde.

In diesen Gesundungsprozeß einzugreifen, kann durchaus nicht als rathsam erachtet werden.

Es würde die Rückbildung zu normalen Verhältnissen in ihrem natürlichen Verlaufe unterbrochen werden, wenn gegenwärtig durch außerordentliche Unternehmungen des Staates in den großen Städten oder in den Industriebezirken große Arbeitermassen in Thätigkeit gesetzt und dadurch für längere Zeitdauer an ihren jetzigen Wohnplätzen festgehalten werden sollten.

Reichsfinanzen und Reichsministerien.

Aus der Rede des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck bei der ersten Berathung des Reichshaushalts-Etats in der Sitzung des Reichstags vom 10. März.
(Nach dem Abgeordneten Richter.)

Die Antastung des Invalidenfonds. Der Herr Vorredner ist mit unseren Vorlagen unzufrieden. Nun, meine Herren, darauf bin ich vollständig gefaßt gewesen. Er sieht mir seit einem Jahrzehnt gegenüber. Ich habe noch nie eine Regierungsvorlage gekannt, mit der er zufrieden gewesen wäre, und ich glaube, wenn wir es in dem Sinne gemacht hätten, wie er vorschlug, so würde doch der Fehler, daß es von der Regierungsseite kam, der Vorlage in der Weise angehangen haben, daß sie seinen Beifall nicht gefunden hätte.

Wir haben von dem Herrn Vorredner im letzten Theil seiner Rede gehört, wie er wünscht, daß die Sache gemacht werden soll. Er weist uns im Wesentlichen an, auf die Bestände zurückzugreifen, d. h. vom Kapital zu zehren und die Wege zu betreten, die große und befreundete Nachbarreiche — ja ich glaube, nicht zum dauernden Heil ihrer Finanzwirthschaft — betreten haben. —

Der Herr Abgeordnete hat uns also auf unser Kapitalvermögen verwiesen und empfiehlt uns, das aus allen Ecken zusammenzutragen und davon zu leben, nicht aber für dauernde Ausgaben, die sich wiederholen, dauernde Deckungsmittel zu beschaffen, sondern die Beschaffung dauernder Deckungsmittel aufzuschieben, bis wir unser Verhältniß an Kapitalien aufgezehrt haben. Ich begreife eigentlich nicht, warum er dabei stehen bleibt, die Bestände und zunächst den Reichs-Invalidenfonds zu diesem Experiment zu empfehlen. Man kann ja auch noch sehr viel weiter gehen. Wir werden einige Zeit lang gar

keine Matritularumlagen brauchen, wenn wir die Staatseisenbahnen unter den Hammer bringen; wenn wir demnächst den Staaten anheimstellen, diesen Weg weiter zu gehen, ihre Domänen zu verkaufen, ihre Forsten zu verkaufen, ihre Betriebsfonds aufzuzehren, kurz und gut, das ganze Nationalvermögen, das wir besitzen und zum Theil durch Gesetz gegründet haben, budgetmäßig aufbrauchen, wie ein Verschwender, der vom Kapitale lebt und sagt: ich werde nachher mit Bewilligungsanträgen kommen, wenn ich nichts mehr habe.

Der Reichs-Invalidenfonds ist durch ein Gesetz zu einem bestimmten Zweck geschaffen, und ich bitte Sie dringend, seine Verwendung auf diesen Zweck zu beschränken und ihn dafür bestehen zu lassen sowohl für die gegenwärtigen, als auch, was Gott verbüte, zukünftigen Invaliden, die uns etwa erwachsen könnten. Gönnen Sie dem Reich dieses Kapitalvermögen. Es sind auch Kriege möglich, in denen man keine Kontributionen hat und bei denen man auf das, was man hat, eben angewiesen bleibt. Wird das Gesetz auf gesetzmäßigem Wege geändert, so würde das natürlich seinen Lauf haben; ich kann nur erklären, daß ich mich, soviel in meinen schwachen Kräften liegt, dagegen wehren werde, daß auf diese Weise der erste bereitete Kapitalbestand des Reichs angegriffen werde, um laufende Ausgaben zu bestreiten.

Matritularumlagen und Steuerreform. Stehen wir deshalb der Gefahr gegenüber, dauernd unverhältnismäßig hohe Matritularbeiträge zu erheben? Ich glaube es wirklich nicht. Wir haben mit Steuervorlagen keine ermuthigenden Erfahrungen im Reichstage gemacht. Vielleicht haben wir ungeschickt ausgewählt, gewöhnlich aber ist uns der Satz entgegengetreten, welchen auch der Herr Vorredner vorhin wiederholt hat, wir wollen keine Steuervermehrung, wir wollen eine Steuerreform.

Nun, meine Herren, diesen Satz unterschreibe ich von ganzem Herzen und kämpfe dafür, so viel meine Gesundheit und geringe Arbeitskraft, die mir nach einem mühevollen Leben geblieben ist, es mir gestattet. Aber es giebt auch noch andere Leute, deren Einwilligung ich dazu gewinnen muß, namentlich wenn ich deren thätige Mitwirkung dazu haben will. Nur weil sich das Reich und die verbündeten Regierungen außer Stande sehen, jetzt in diesem Augenblicke Ihnen einen vollen Reformplan für unsere Soll- und Steuereinrichtungen vorzulegen, habe ich zu dem natürlichen Auskunftsmittel der Matritularumlagen gegriffen.

Wenn ich in einer schwierigen politischen Lage mich befinde, so sehe ich zuerst die Reichsverfassung an, was sie mich anweist zu thun, und wenn ich an deren Hand mich bewege, glaube ich, mich immer auf sicherem Wege zu befinden.

Sie sagt in ihrem Artikel 70: — Sie kennen ihn alle, er wird aber hier in der Debatte so todt geschwiegen, daß ich ihn nochmals verlesen möchte —

Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, so wie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insofern dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden.

Da liegt also ganz klar der Hinweis, was das Reich thun soll, wenn seine Geldmittel zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen — und daran muß ich mich halten. Ich weise ja die Aufgabe nicht von mir, darüber nachzudenken, was außerdem zu thun sei, im Gegentheil, ich bin meinerseits ganz entschlossen und habe das Resultat meines Nachdenkens schon gezogen; aber daran zu arbeiten, daß es möglich wäre, solche Reichseinnahmen, solche Reichssteuern, wie in der Verfassung gesagt ist, Ihnen vorzulegen, die Hoffnung auf Ihre Annahme haben — und diese Hoffnung knüpfe ich an den Plan, daß wir die Steuern in einer Weise kombinieren, die auf der einen Seite Erleichterung, auf der anderen Seite neue Einnahmequellen schafft, — ohne das Bestreben, größere Einnahmen zu haben, als der Bedarf ist.

Ich kann mit bestem Gewissen erklären, daß ich keinen Ueberschuß erstrebe, sondern nur die Deckung dessen, was uns fehlt, die Verringerung der Matritularumlagen; wenn es sein kann, gänzliche Abschaffung derselben; denn ich glaube nicht, daß Sie bloß um der parlamentarischen Machtfrage willen unbequeme Steuern behalten wollen.

Die parlamentarische Macht bleibt einer verfassungstreuen Regierung gegenüber durch das Ausgabenbewilligungsrecht gesichert, und einer der Verfassung nicht treuen Regierung gegenüber sind ebenso wenig Bürgschaften zu finden, wie einer parlamentarischen Kammer gegenüber, die in ihren Beschlüssen sich an den Fortbestand des Reichs oder Staats nicht weiter kehren wollte, sondern daraufhin beschließen, bis er eben zu Grunde ginge. Auf beiden Seiten muß man doch eine ehrliche, vernünftige, gesetzliche und verfassungstreue Gesinnung und Absicht voraussetzen, sonst kommt man ja überhaupt aus den Hemmnissen, aus dem gegenseitigen Mißtrauen, aus einem gewissen gegenseitigen

Berschanzungskämpfe und Ringen nach Macht im Innern gar nicht heraus und kommt über diese Streitigkeiten eben nicht dazu, zu erwägen, wie sitzt der schwere Steuerrock dem Volke am bequemsten, oder vielmehr, wie läßt er sich am bequemsten tragen.

Nun ich erkläre also, daß wir vor der Hand innerhalb des Reichs-Kanzler-Amtes und in den Behörden mit Zuziehung der preussischen Behörden, die uns ihren Beistand leihen, damit beschäftigt sind, eine Steuerreform vorzubereiten, daß ich die Hoffnung habe, daß Sie, und zwar in dem von dem Herrn Abgeordneten Richter getadelten Sinne, bei einer Verstärkung der indirekten Steuern uns zur Seite stehen werden.

Wir hoffen, sie Ihnen bei der nächsten Reichstags-Session vorzulegen. Wenn dann der Gedanke des Herrn Abgeordneten Richter die Oberhand gewinnt, daß die indirekten Steuern vorzugsweise den Armen belasten und den Reichen freilassen, wenn das wirklich ein richtiger wirtschaftlicher Satz ist, dann werden Sie ja diese Sache ablehnen, und wir werden dann wieder von vorn anfangen müssen, respektive zu einer Reichseinkommensteuer oder zu anderen direkten Steuern — wir werden dann also in der Lage sein, den Einwohnern der großen Städte, die ja die Mahl- und Schlachtsteuer bereitwillig abgeschafft haben und sich davon goldene Berge versprochen und die jetzt an der Aufgabe laborieren, durch direkte Klassensteuern (mit Exekution für Ausfälle von geringen Beträgen) das aufzubringen, was bei der Mahl- und Schlachtsteuer mit Leichtigkeit getragen wurde (sehr richtig! richtig); — das Brod ist nicht um ein Haar wohlfeiler geworden; das Fleisch ist nicht billiger geworden; etwas weniger gut ist es geworden, aber wohlfeiler durchaus nicht; und dabei sind die Preise auf dem Lande im Einkauf nicht theurer wie früher; ich frage also, wo bleibt der Ausfall, der dabei eintritt? Ich habe den Eindruck, daß der Arme unter dem Regime der indirekten Steuern sich wohler befand.

Es ist ja die Frage aufgeworfen worden, ob es zweckmäßig gewesen wäre, eine einzelne Steuer, also namentlich eine Steuer auf Tabak, Ihnen jetzt zu bringen, um die Einnahmen zu erhöhen — ein Defizit kann ich nicht zugeben, das Reich hat kein Defizit, der Artikel 70 schützt es absolut vor einem Defizit — also Ihnen als Ersatz für einen Theil der Matrikularumlagen eine Tabaksteuer, die auf den anschlagsmäßigen Ertrag von vielleicht 22 Millionen sich bezifferte, vorzulegen? Die Sache hat ihr Für und Wider gehabt. Ich raume offen ein, daß ich mich dawider erkläre und lieber die Unannehmlichkeit zu hoher Matrikularumlagen ein Jahr hindurch, ein Budget hindurch, einmal tragen will, als die Steuerreform dadurch schädigen, daß man einen der besten und wesentlichsten Artikel, von dessen Schwimmkraft ich erwarte, daß er andere vielleicht mittragen werde, vorwegnehme, für den ein Provisorium einführe, was uns nachher abhalten würde, eine gründliche Reform, von deren Nothwendigkeit ich so überzeugt bin, wie irgend einer von Ihnen, vorzunehmen, uns die Möglichkeit, der näher zu treten, zu erschweren, und deshalb habe ich mich gegen diese Steuer in diesem Augenblicke erkläre. Die Ueberzeugung hat sich bei mir festgesetzt, daß wir Ihnen mit einer einzelnen Steuer ohne eine Reform nicht mehr kommen dürfen.

Reichs-Ministerien. Ich komme auf die Frage, die der Herr Abg. Casper vorher angeregt hat und auf die auch der letzte Herr Vorredner anspielte, daß der ganze Uebelstand, daß Ihnen hier eine Erhöhung der Matrikularumlagen von 25 Millionen zugemuthet wird, eigentlich seine Ursache darin hätte, daß wir keine Reichs-Ministerien haben, daß wir keinen verantwortlichen Reichs-Finanzminister haben.

Mit diesem Streben nach Reichs-Ministerien irren Sie sich, glaube ich, in der Abschätzung der Bedeutung, die diese Ministerien auf die Dauer haben würden, Ministerien ohne sachliche Macht, ohne Verwaltung hinter sich. Wir haben ein, ich möchte sagen, warnendes Beispiel gehabt am Reichs-Eisenbahn-Amt, wo eine hohe Reichsstelle mit großen Ansprüchen, sowohl solchen, die sie selbst zu machen berufen war, als solchen, die an sie gestellt wurden, aber ohne jegliche Macht, denselben Nachdruck geben zu können — was dahin geführt hat, daß arbeitsame und Beamte von Selbstgefühl in diesem Amte nicht ausharren wollen, und der bisherige Inhaber der Stelle, der nicht bloß seinem Amte sehr gewachsen war und tüchtig darin, sondern auch mit Liebe zur Sache hineinging, hat mir nach zweijährigem Dienste gesagt: Schaffen Sie mir eine Stelle im preussischen Dienste, mag sie geringer besoldet sein als diese, es ist für mich ein zu niederdrückendes Gefühl, keinem der Ansprüche, die ich an mich selbst stelle und die Welt mit Recht an mich stellt, in dieser Hülflosigkeit gerecht werden zu können. In einer ähnlichen Lage würden die Reichs-Ministerien sein. Es würden eben Minister sein, die in keinem Einzelstaate eine bestimmte Wurzel hätten, keinen bestimmten Vortrag bei dem Souverain, kein berechtigtes Mitvotiren bei allen materiellen Sachen, die in diesem Einzelstaate vorkommen, sondern sie würden ganz allein auf die Reichsgewalt in Berlin angewiesen sein, und das eigentlich praktische Leben würde außerhalb ihrer Betheiligung sich bewegen und zwar, wie ich glaube, in rein partikularistischem Sinne.

Meine Herren, in der Theorie kann man dergleichen ja sehr leicht besprechen. Ich spreche aber aus der Erfahrung einer ziemlich

langjährigen Praxis auf diesem Gebiete, und diese Erfahrung hat mich dahin gebracht, daß ich gewünscht habe, daß die höheren Reichsbeamten, die Reichsminister, im preussischen Ministerium sitzen und stimmen. — —

Ganz gewiß ist nach meiner Ueberzeugung, daß ich den Haupteinfluß, den es mir gegönnt ist zu üben, bisher nicht in der Kaiserlichen Macht, sondern in der Königlich preussischen Macht gefunden habe. Ich habe versucht, ich habe eine Zeit lang aufgehört, preussischer Minister-Präsident zu sein, und habe mir gedacht, daß ich als Reichskanzler stark genug sei. Ich habe mich darin vollständig geirrt; nach einem Jahre bin ich reuevoll wiedergekommen und habe gesagt: entweder will ich ganz abgehen, oder ich will im preussischen Ministerium das Präsidium wieder haben. Das war auch ganz richtig, aber es genügte nicht. Ich war die einzige Person darin, und der Beweis gegen die Theorie der Reichsministerien liegt schon darin. Aber schneiden Sie mir die preussische Wurzel ab und machen Sie mich allein zum Reichsminister, so, glaube ich, bin ich so einflußlos, wie ein Anderer.

Es hat ja das etwas Verführerische, sich ein Reichs-Ministerium zu denken, was im Reiche innerhalb der Grenzen und Kompetenzen, die die Verfassung dem Reiche zuweist, dieselbe Machtvollkommenheit ausüben und dieselbe Verantwortlichkeit dem Reichstage gegenüber tragen würde, wie ein Ministerium im Einzelstaate dies thut und trägt; aber ich glaube, Sie täuschen sich über die Entwicklung, die das nehmen würde. Die Macht der Stammeseinheit, der Strom des Partikularismus ist bei uns immer sehr stark geblieben; er hat an Stärke gewonnen, seitdem ruhige Zeiten eingetreten sind. Ich kann sagen, die Reichsfluth ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe darin entgegen. Ich weiß nicht, ob ich es tadeln soll, oder ob es ein gesunder, naturgemäßer Entwicklungsgang ist. Es wird auch die Reichsfluth wieder steigen. Man muß nur nicht annehmen, daß in drei Jahren oder selbst in zehn Jahren alle diese Sachen fertig gemacht werden können. Ueberlassen Sie unsern Kindern auch noch eine Aufgabe.

Man muß einer natürlichen, nationalen, organischen Entwicklung Zeit lassen, sich auszubilden, und nicht ungeduldig werden, wenn sie Stockungen, ja selbst rückläufige Bewegung hat, und darf denen, die diese rückläufige Bewegung verursachen, das nicht so übel deuten. Die können sich doch nicht umformen und können nicht vollständig, wenn sie in bestimmten Richtungen der Politik aufgewachsen sind, wenn sie zeitlichens es als ihre höchste Ehre betrachtet haben, den Partikularinteressen zu dienen, nun mit einem Male dem Allgemeinen zum Opfer gebracht werden. Ja, der höhere nationale Schwung, die Erziehung treibt dazu; ich bin überzeugt, unsere Kinder werden es viel natürlicher finden als unsere Greise. Die Hauptsache dieses Theils meiner Ueßerungen bleibt immer, Sie zu bitten, daß Sie von Reichsministerien nicht zu viel erwarten. Sie müssen nicht glauben, daß dann sehr Vieles leichter gehen würde, sondern im Gegentheil eine gewisse Scheu davor haben, die Reaktion des Partikularismus gegenüber diesen reinen Reichsbeamten zu kräftigen, und nach meiner Erfahrung würde sie ganz gewiß stärker werden, als sie bisher war.

Aus der weiteren Rede des Reichskanzlers vom 13. März:

— — Wenn wir vor 10 Jahren, als der Norddeutsche Bund zuerst geschaffen wurde, sofort darauf eingegangen wären oder bald auf die ersten Interpellationen, und wenn wir von Anfang an mehrere verantwortliche Minister in konkurrierender Stellung unter sich und zum Bundesrath, in konkurrierender Stellung zu den Landesministern eingesetzt hätten, — ob wir dann so weit gekommen wären, wie wir jetzt sind, ist mir doch sehr fraglich. Blicken wir auch nur 12 Jahre zurück, so werden Sie mir alle sagen, daß Niemand damals auch nur die Hoffnung hegte oder wenigstens laut auszusprechen wagte, daß wir uns in 12 Jahren in der Situation in Bezug auf den Fortschritt der deutschen Einheit und Verfassung befinden würden, wie heute. Wie alt ist denn das deutsche Reich in seiner jetzigen Gestalt? Fünf Jahre! Ich glaube, Staaten wachsen langsamer wie Menschen, fünf Jahre sind für einen Menschen ein Kindesalter. Ich traue unserer Verfassung eine Bildungsfähigkeit zu grade auf ähnlichem Wege, wie die englische Verfassung sich gebildet hat, nicht durch theoretische Aufstellung eines Ideals, auf das man ohne Rücksicht auf die Hindernisse, die im Wege stehen, losstrebt, sondern durch organische Entwicklung des Bestehenden, indem man die Richtung nach vorwärts beibehält, in dieser Richtung jeden Schritt thut, der sich im Augenblick als möglich und unschädlich zeigt, so daß keine größeren Gefahren damit verbunden sind. — —

Verlassen wir nicht der Theorie zu Liebe den Weg, der uns praktisch weiter geführt hat, und wollen wir schneller vorwärts kommen, so ist das beste Mittel dazu das Zusammenhalten und das einheitliche Wollen des Reichstags und der verbündeten Regierungen, auch das Zusammenhalten des Reichstags in sich in höherem Maße, daß, wie ich ja im Willen von Jedem überzeugt bin, aber der Sorn des Kampfes führt unter Umständen weiter, — stets die Interessen für das Ganze über das Interesse der Verbände der Gesinnungsgenossen

dominieren, und wenn dies geschieht und der Reichstag mit den verbündeten Regierungen oder doch wenigstens mit dem Kaiserlichen Antheil innerhalb der Regierungssphäre einig ist, und die Führung vorsichtig vorwärts geht, dann, meine Herren, kommen wir zu einem Ziele, welches allen billigen und verständigen Wünschen unserer Mitbürger entsprechen wird.

Der Reichstag

hat seine Sitzungen am Donnerstag (8.) wieder aufgenommen und an diesem Tage zunächst die Gesetzentwürfe über das Rechnungswesen des Reiches in erster Lesung beraten. Von konservativer und national-liberaler Seite wurde der Wunsch auf das endliche Zustandekommen dieser für die Finanzkontrolle wichtigen Gesetzentwürfe dringend betont und die demnächstige zweite Lesung im Hause selbst beantragt und von der Mehrheit beschlossen.

Die Berathung des Reichshaushalts begann am Sonnabend (10.) und wurde vom Präsidenten des Reichskanzler-Amtes, Minister Hofmann, mit einer übersichtlichen Darlegung der Finanzlage eingeleitet. Zur Deckung des Mehrbedarfs von 26 Millionen Mark schlägt der Etat zunächst die Erhöhung der Matrikularbeiträge Seitens der Einzelstaaten vor. Die Regierung hat mit einem Vorschlage auf Erhöhung von Steuern oder Einführung einer neuen Steuer nicht hervortreten wollen, weil in früheren Jahren die Meinung im Reichstage entschieden dahin ging, daß man sich auf solche Vorschläge nicht vereinzelt, sondern nur im Zusammenhange eines umfassenden Plans zur Steuerreform einlassen wolle. Es ist aber nicht möglich gewesen, ein solches Reformprogramm schon in der gegenwärtigen Session vorzulegen. Es blieb daher für jetzt nur übrig, die Matrikularbeiträge zu erhöhen. Dieselben werden aber auch, wenn sie in der vorgeschlagenen Höhe bewilligt werden, nicht mehr, sondern noch weniger betragen als in den Jahren vor dem Eingang der Kriegsentschädigung bis 1872.

Seitens der Fortschrittspartei war der Antrag gestellt, Behufs Erleichterung des Etats dem Reichs-Invalidenfonds, welcher bisher nur für die Invaliden aus dem letzten Kriege bestimmt ist, auch die Leistung der Pensionen für die Invaliden aus früheren Kriegen zuzuweisen, sowie ferner aus dem Fonds 55 Millionen Mark zu sonstigen Zwecken des Reichshaushalts zu entnehmen; auch wurde die Ablehnung einer Reihe von Forderungen, besonders im Militär-Etat, in Aussicht gestellt.

Von national-liberaler Seite dagegen wurde zwar die Ueberweisung der älteren Pensionen auf den Invalidenfonds und die anderweitige Verwendung der überschüssigen Zinsen desselben, nicht aber das Zurückgreifen auf das Kapital des Fonds als zulässig erklärt, in Betreff der Mehrforderungen des Etats aber soll eine genaue Prüfung der Nothwendigkeit derselben in der Budgetkommission stattfinden, um die Erhöhung der Matrikularbeiträge möglichst einzuschränken.

Nachdem der fortschrittliche Abgeordnete Richter den vorgelegten Etat mit Rücksicht auf die geforderte Erhöhung der Matrikularbeiträge scharf angegriffen und als Grund der angeblich verfehlten Behandlung der Finanzfragen den Mangel eines verantwortlichen Reichs-Finanz-Ministers bezeichnet, in Bezug auf die etwaige Steuerreform aber die Vermehrung der indirekten Steuern im Vergleich zu den direkten als eine Mehrbelastung der ärmeren Volksklassen bezeichnet hatte, — nahm der Reichskanzler Fürst Bismarck das Wort, um in längerer (oben mitgetheilte) Rede die Stellung der Regierung zur Steuerreform und zur Frage der Reichsministerien darzulegen.

Bei der Fortsetzung der Berathung am Montag (12.) wurden noch von den verschiedensten Seiten allgemeine Gesichtspunkte zu der demnächstigen Steuerreform geltend gemacht.

Ein lothringischer Abgeordneter glaubte die Vereinigung von Elsaß-Lothringen als eine der Hauptursachen der fortdauernden Beunruhigung von Europa und der Erhöhung des Militär-Stats bezeichnen zu dürfen und schilderte die Zustände in den Reichslanden als verzweifelt. Als Mittel der Abhilfe schlug er vor: Elsaß-Lothringen sich selbst zu überlassen.

In Erwiderung auf diese Rede erklärte ein konservativer Abgeordneter: man würdige durchaus den Schmerz, welcher die Elsaß-Lothringer bewege. Aber das Rad der Geschichte sei niemals zurückzudrehen; die geschichtlichen Thatsachen seien Entscheidungen der Weltregierung Gottes, und hier seien es die Gerichte für eine jahrhundertelange Revolution, die durch Deutschlands Legitimität niedergeworfen wurde. — Bei aller Theilnahme, die man für die Elsaß-Lothringer habe, bei allem Wohlwollen, welches ganz gewiß Regierung und Reichstag für sie haben werden, das sei die erste Bedingung, daß sie das anerkennen, daß die Dinge nicht wieder rückgängig gemacht werden können, daß sie theilnehmen an der Arbeit, um jenes Wohlwollen ihnen zu Theil werden zu lassen durch die Gesetzgebung!

Nach Beendigung der ersten Lesung des Etats am Montag (12.) wurde beschlossen, alle Theile des Etats und einige Abschnitte des Militäretats der Budgetkommission zu überweisen, alle übrigen Theile aber demnächst im Hause selbst näher zu beraten.

Der Antrag wegen des Invalidenfonds wurde nach kurzer weiterer Berathung der Budgetkommission überwiesen.

Die Reform der Gewerbe-Ordnung kam sodann zunächst von freikonservativer Seite durch folgende Anfrage an den Reichskanzler zur Sprache:

»Geleitet von der Ueberzeugung, daß die auf gewerblichem Gebiete unter der jetzigen Gewerbegesetzgebung entstandenen Mißstände einer Abhilfe bedürfen, gestatten wir uns, an den Reichskanzler die Anfrage zu richten: gedenkt die Reichsregierung zur Beseitigung dieser Mißstände dem jetzt versammelten Reichstage Vorlagen über Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 beispielsweise in Bezug auf das Lehrlingswesen, die Frauen- und Kinderarbeit, die Maßregeln zur Verhinderung des Kontraktbruchs, die Beschränkung der Wanderlager und des Hausirhandels, sowie in Betreff der Schant- und Gastwirthschaften etc. zur Berathung zu unterbreiten?»

Der Präsident des Reichskanzler-Amtes, Minister Hofmann, erklärte, daß die Regierung während der gegenwärtigen Session Vorlagen, die eine grundsätzliche Aenderung von Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung bezwecken, nicht zu machen beabsichtige. Sie erkenne allerdings ein Bedürfnis zu einzelnen Aenderungen an und stehe namentlich auf Grund der vorgenommenen Untersuchung über das Lehrlingswesen und über die Kinder- und Frauenarbeit in Erörterung mit den einzelnen Regierungen; gerade der Augenblick einer wirthschaftlichen Krisis erscheine aber nicht geeignet, um Reformen einzuführen, welche den Betrieb des Gewerbes erschweren würden. Auch liege die Gefahr nahe, daß man gerade unter dem Eindruck der jetzigen schlechten wirthschaftlichen Lage geneigt sein könnte, in dem falschen Glauben, damit der Krisis abzuhelfen, Bestimmungen zu treffen, die bei einer normalen Lage der Dinge nicht getroffen werden würden.

Bei der weiteren Erörterung wurde von den Parteien der Mehrheit ein Bedürfnis zur Revision der Gewerbe-Ordnung entschieden anerkannt und die Möglichkeit einer Verständigung über den einzuschlagenden Weg, namentlich in Betreff der Lehrlingsfrage, in Aussicht genommen.

Die zweite Lesung des Reichshaushaltsstats begann am Dienstag (13.) zunächst mit dem Etat des Reichskanzleramtes. Es erneuerte sich dabei die Erörterung über das Bedürfnis von verantwortlichen Reichsministerien, und der Reichskanzler legte wiederholt seine Auffassung dar, daß es nicht wohlgethan sei, an der Verfassung des Reiches alljährlich zu rütteln, da die junge deutsche Einheit auf Grund dieser Verfassung im Laufe weniger Jahre in ihrem Wachsthum Fortschritte gemacht habe, wie man sie früher nicht erwartet habe.

Der Reichstag wird voraussichtlich zunächst die Etatsberathung in täglichen Sitzungen fortsetzen und in der nächsten Woche wohl auch die der Budgetkommission zugewiesenen Abschnitte in weitere Berathung nehmen können.

Ob es trotzdem möglich sein wird, den Reichshaushalts-Stat, wie es die Verfassung fordert, vor dem 1. April festzustellen, wird sich erst in einigen Tagen bestimmt erkennen lassen. Neuesten Falls würde eine vorläufige Ermächtigung zur Fortführung der Finanzverwaltung auf Grund des früheren Stats zu erbitten sein.

Neben dem Etat dürfte die Frage über den Sitz des Reichsgerichts in einer der nächsten Sitzungen zur ersten Berathung gelangen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf bezeichnet in Gemäßheit des vom Bundesrathe gefaßten Beschlusses Leipzig als den Sitz des Reichsgerichts. Aus dem Reichstage ist bereits ein Abänderungsantrag angekündigt, welcher in Uebereinstimmung mit dem Vorschlage Preußens im Bundesrathe Berlin als Sitz des Reichsgerichts in Aussicht nimmt. Es ist zu erwarten, daß die gewichtigen Gründe vom nationalen und praktischen Standpunkte und im wesentlichen Interesse des Reichsgerichts selbst, welche für die preussische Regierung bei ihrem Antrage bestimmend waren, auch im Reichstage zur entscheidenden Geltung gelangen werden.

Unser Kaiser wohnte am vorigen Mittwoch (7.) mit Ihrer Majestät der Kaiserin dem in Folge der jüngsten Hoftrauer bis Mittfasten verschobenen Subskriptionsballe im Opernhause bei. Am Sonnabend (10.), dem Geburtstage der hochseligen Mutter, Königin Luise, besuchte Se. Majestät das Mausoleum zu Charlottenburg.

Der Kaiser hatte wiederholt längere Besprechungen mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

Zur Feier der Vollendung des 80. Lebensjahres Sr. Majestät, zu welcher zahlreiche fürstliche Gäste am königlichen Hofe erwartet werden, wird diesmal nach vorläufiger Bestimmung ein größeres Fest, nicht im Palais Sr. Majestät, sondern im königlichen Schlosse stattfinden.